

## PERSÖNLICH

## Haben Sie schon abgestimmt?



Nicolas Galladé, Stadtrat und Vorsteher Departement Soziales

Oder gehören Sie wie ich zu den 87 % der Winterthurer Stimmberechtigten, die – Stand vorgestern Dienstag – noch nicht abgestimmt haben? Am übernächsten Sonntag ist es so weit. Auf Bundesebene bewegt die Vorlage zur beruflichen Vorsorge. Und die Biodiversitätsinitiative. Lokal geht es um die Erneuerung der Kehrichtverbrennungsanlage. Und auf kantonaler Ebene stimmen wir über eine Änderung im Bildungsgesetz ab. Klingt unspektakulär. Ist es auch. Worum geht es?

Im Kanton Zürich werden auszubildende Personen mittels Stipendien unterstützt. Drei Viertel betreffen Personen in Lehrlingsausbildung, an einer Fachmittelschule oder an einem Gymi. Stipendien sind eine geniale Sache. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit. Weil sie auch Ausbildungen für jene ermöglichen, die es sonst aufgrund der finanziellen Situation in ihrem Elternhaus nicht leisten können.

Mit der Vorlage soll die Einschränkung aufgehoben werden, dass vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer erst nach fünf Jahren stipendienberechtigt. Vorläufig Aufgenommene sind Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, weil sie nicht individuell verfolgt werden. Die aber aufgrund der dortigen Situation nicht in ihr Herkunftsland zurückkönnen. Meist handelt es sich um Menschen, die vor Kriegen geflüchtet sind. Deshalb gelten sie als schutzbedürftig. Entgegen der irreführenden Bezeichnung bleiben «vorläufig Aufgenommene» zu rund 90 Prozent dauerhaft hier. Deshalb erhalten sie im Rahmen der Integrationsagenda Schweiz dieselbe Integrationspauschale wie anerkannte Flüchtlinge. Und es gelten die gleichen Ziele. Etwa: «Fünf Jahre nach Einreise befinden sich zwei Drittel aller vorläufig aufgenommenen Ausländer und anerkannten Flüchtlinge im Alter von 16 bis 25 Jahren in einer postobligatorischen Ausbildung.»

Eine anspruchsvolle, aber sinnvolle Zielsetzung. Deren Erreichung das neue Bildungsgesetz unterstützt. Eine frühzeitige Investition in die Ausbildung entspricht allen fachlichen und praktischen Erkenntnissen. Darunter auch die Tatsache, dass es sich lohnt. Für die betroffenen Menschen, die wirtschaftlich selbständig und von der Sozialhilfe unabhängig werden. Und für die Staatskasse und die Steuerzahlenden, weil es sich auch finanziell lohnt. Ich folge auch deshalb mit Überzeugung der Empfehlung von Kantonsrat und Regierungsrat. Und stimme am 22. September JA zum Bildungsgesetz.

Ihre Meinung zum Thema? Schreiben Sie uns an: [echo@winterthurer-zeitung.ch](mailto:echo@winterthurer-zeitung.ch)

# Drastische Massnahmen nötig

Weniger Einnahmen führten bei der Brühlgut Stiftung zu einem Verlust von 1 Mio. Franken im ersten Halbjahr 2024

Bereits 2023 verzeichnete die Brühlgut Stiftung ein negatives Ergebnis. 2024 lief bisher noch schlechter. Nun werden Sofortmassnahmen angeordnet.

**Schräglage** Letzte Woche hatte der Geschäftsleiter der Brühlgut Stiftung, Andreas Paintner, sein Personal mit einem Schreiben über die finanzielle Lage informiert, die sich nach bereits prekärem 2023 im ersten Halbjahr 2024 massiv verschlechtert hat. Deshalb sind dringend Sofortmassnahmen nötig. Die Geschäftsleitung hat die Mitarbeitenden diese Woche zudem zu zwei internen Informationsveranstaltungen eingeladen und ist dabei detaillierter auf die aktuelle Situation und mögliche Auswirkungen auf die Beschäftigten eingegangen.

**Die Brühlgut Stiftung hatte bereits letztes Jahr einen Verlust eingefahren, nun soll sich dieser alleine im laufenden Jahr offenbaren in der Höhe um eine Million belaufen, was sind die Gründe?**

**Andreas Paintner:** Die Gründe sind vielfältig, es gibt nicht einen Bereich, der allein für das negative Ergebnis verantwortlich ist. Hier einige Beispiele: Einerseits konnten auf der Ertragsseite im Arbeitsbereich, die Umsätze nicht wie geplant erreicht werden. Andererseits steigt das Lohnniveau an, so dass die Personalkosten höher sind, obwohl keine zusätzlichen Stellen geschaffen wurden. Auch bei den Sachkosten beispielsweise für Energie oder die Informatik sind starke Steigerungen spürbar. Der Teuerungsausgleich, welchen der Kanton auf den Beiträgen gewährt, reicht zur Deckung des Kostenwachstums nicht aus.

**Hat sich die Stiftung zudem mit dem Neubau Wyden «überlupft»?**

Der Neubau Wyden wurde korrekt geplant und ist nicht für das Defizit verantwortlich. Das Projekt schliesst zeitlich und finanziell im vorgegebenen Budget ab. Die Finanzierung ist unabhängig vom Betriebsergebnis gesichert.

**Droht ein Konkurs oder beispielsweise ein Verkauf von Werten wie Immobilien oder gar die Stiftungsauflösung?**

Es droht kein Konkurs oder eine Stiftungsauflösung. Im Zusammenhang mit dem Neubau in Wyden verkaufen wir aktuell ein Wohnhaus, das nicht mehr gebraucht wird, weil dessen Bewohner in den Neubau zögen. Dies war so geplant und hat nichts mit dem schlechten Betriebsergebnis zu tun.



Gemäss Geschäftsleiter Andreas Paintner (kl. Bild) wird die Brühlgut Stiftung ab sofort einen strengen Sparkurs, unter anderem mit möglichen Personalanpassungen, fahren.

Bild: gs

**Es droht kein Konkurs oder eine Stiftungsauflösung.**

Andreas Paintner  
Geschäftsleiter



Geschäftsleiter Andreas Paintner. Bild: zvg

**Die Mitarbeitenden wurden über Sofortmassnahmen informiert, welche sind angedacht?**

Wir setzen Sofortmassnahmen, wie beispielsweise einen Einstellungsstopp, zur Verbesserung der Situation in diesem Jahr um. Für das nächste Jahr hat der Stiftungsrat das Projekt «Ausgeglichene Rechnung 2025» lanciert. Dieses Projekt wird derzeit im Rahmen der Budgetierung erarbeitet mit klaren Vorgaben für eine Kostensenkung und anschliessend im Stiftungsrat verabschiedet.

**Kann es im Extremfall zu Entlassungen oder zu höheren Kosten für die Bewohnenden führen?**

Wir überprüfen alle Angebote und Dienstleistungen auf ihre Wirtschaftlichkeit. Bei der Umsetzung der Vorgaben kann es zu Personalanpassungen kommen. Höhere Tarife für die Klienten und Klientinnen können wir nicht selbst festlegen, da diese durch den Kanton im Rahmen von Leistungsvereinbarungen vorgegeben sind. Damit sind auch etwa zwei Drittel unserer Erträge nicht durch uns beeinflussbar.

**Wie schwierig wird es sein, am Personal und an Leistungen zu schrauben, ohne an den Werten, der Qualität und den zu erbringenden Leistungen der Stiftung entscheidend einzubüssen?**

Es wird zu Veränderungen kommen. Ziel ist es, für unsere Kundinnen und Kunden möglichst wenige spürbare Einschränkungen vorzunehmen, wir werden unsere Leistungen weiterhin auf hohem Niveau erbringen. Das dies im Einzelfall nicht

immer einfach ist, liegt auf der Hand. Die Nachfrage nach unseren Angeboten ist auf der Seite der Klienten sehr gut.

**Spüren Sie nach dem Informieren der Mitarbeitenden bereits eine grosse Verunsicherung unter Ihrem Personal, oder beispielsweise auch bei Angehörigen der Bewohner?**

Nachdem die Situation erst vor kurzem breiter kommuniziert wurde, gibt es noch wenig Reaktionen. Wir sind im direkten Gespräch mit den Mitarbeitenden. Es braucht Anpassungen, um die Stiftung finanziell wieder ins Lot zu bringen. Für grosse Panik gibt es aber keinen Anlass.

**Besteht die Möglichkeit, von Bund, Kanton oder der Stadt finanziell unterstützt zu werden?**

Selbstverständlich nehmen wir Unterstützung der öffentlichen Hand gerne entgegen. Die finanziellen Regelungen und Zuständigkeiten sind allerdings relativ klar, so dass kurzfristig wenig Spielraum vorhanden ist. Auch Defizitgarantien gibt es in unserem Bereich keine. Wir müssen sicher unsere «Hausaufgaben» intern machen, gleichzeitig aber auch das Verhältnis von Anforderungen, Leistungen und Abgeltung mit allen Beteiligten diskutieren.

**Wird es möglicherweise Rücktritte in der Geschäftsleitung oder im Stiftungsrat geben?**

Es sind keine Rücktritte auf Grund der derzeitigen Situation bekannt.

Interview: George Stutz

## Mehr Mitwirkung bei der Windenergie gewünscht

Noch bis Ende Oktober kann sich jeder zu den möglichen Windrad-Standorten im Kanton äussern

**Die SVP Winterthur findet, der Kanton habe zu wenig und schlecht über die Windrad-Planung informiert. Nun wird sie selber aktiv.**

**Energie** Mitwirkung war das grosse Zauberwort an der gemeinsamen Pressekonferenz zum Thema Windenergie in Winterthur. Die Kantonsregierungen von Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen, Thurgau und Zürich informierten über den Stand und das Vorgehen bei der Windenergie. Zwar verfolgen alle Nordostschweizer Kantone das gleiche Ziel, die Windkraft zu

fördern und aus ihr ein neues Standbein für die heimische Energieversorgung zu machen, doch nicht alle Kantone sind in der Planung gleich weit. Während Zürich erst ganz am Anfang steht, befindet sich der Kanton Thurgau schon kurz vor einer schicksalhaften Abstimmung. Einig waren sich alle, dass die Bevölkerung einbezogen werden muss. «Wir müssen Betroffene zu Beteiligten machen», sagte Susanne Hartmann, Bau- und Umweltdirektorin des Kantons St. Gallen. Im April letzten Jahres hat der Kanton vier Dialog-Veranstaltungen durchgeführt. «Wir konnten in Ruhe viele Fragen be-

antworten und haben viel Wissen in die Bevölkerung gebracht», so Hartmann. Die Erfahrungen seien positiv. In Ausserrhoden habe man eine grosse Tradition von Mitwirkung, sagte auch Dölf Biasotto, Vorsteher des Baudepartements. Davon will sich Neukom eine Scheibe abschneiden. Auch er setzt auf den Dialog, wie er sagt. Kürzlich hat auch der Kanton Zürich drei Infoveranstaltungen durchgeführt.

Diese stehen nun in der Kritik. Der Kanton habe zu wenig und zu schlecht informiert, ärgerte sich kürzlich SVP-Fraktionspräsident Christian Hartmann im Parlament. Von weiteren

Infoveranstaltungen will Neukom allerdings nichts wissen, wie er an der Pressekonferenz auf Nachfrage sagt. «Wir haben noch nie so viel informiert wie bei diesem Projekt. Die bisherigen Veranstaltungen waren gut besucht, es gab eine kritische und gute Diskussion», so der Regierungsrat. Wenn der Kanton nicht will, machen es die Ortsparteien eben selbst. Die SVP sucht nun nach anderen Parteien, um weitere Infoveranstaltungen für die Bevölkerung auf die Beine zu stellen. «Bereits hat eine Partei Interesse signalisiert», sagt Hartmann auf Anfrage. Ein Datum stehe noch aus.

Sandro Portmann